Monatsspiegel

Februar 2013

SPD Erlangen

Adressaufkleber

JA zu Erlangen! JA zum Wechsel!

77 Ja-Stimmen und nur eine Enthaltung: Mit diesem überragenden Ergebnis haben wir am 23. Januar Dr. Florian Janik als unseren Kandidaten für das Amt des Erlanger Oberbürgermeisters nominiert. Das Wahlergebnis macht genauso wie der starke Besuch der Nominierungsversammlung – zu den 78 stimmberechtigten Genossinnen und Genossen kamen noch über 50 Gäste hinzu – und die Reaktionen auf die Nominierung deutlich, dass wir mit guten Aussichten in die Oberbürgermeisterwahl 2014 gehen: Mit Dr. Florian Janik haben wir einen Kandidaten, der die erfolgreiche Arbeit der SPD-Oberbürgermeister Anton Hammberbacher, Michael Poeschke und Dr. Dietmar Hahlweg fortsetzen kann und für einen Aufbruch in der Erlanger Kommunalpolitik steht.

Dies wurde auch in der mit langem Beifall bedachten Nominierungsrede von Dr. Florian Janik deutlich. Mit den Eckpunkten Mitwirkung, Gerechtigkeit und Gestaltungswillen will Dr. Florian Janik „die Stärken Erlangens und der Erlangerinnen und Erlanger stärken“: „Für eine lebenswerte Zukunft unserer Kinder genügt es nicht, nur ab und zu aus dem Meer der Möglichkeiten zu schöpfen.“ In seinen Augen werden das große Ideenpotenzial und die gestaltende Kraft der Erlanger Bürgerinnen und Bürger von der „dahin dümpelnden Stadtspitze“ sträflich vernachlässigt. Dies sei der Grund dafür, warum in vielen Bereichen der Stadt Stillstand herrsche. Daher brauche es ein klares „Ja zu Erlangen! Ja zum Wechsel!“

Mit eigenen kreativen Ideen und einem zuverlässigen Angebot an Mitgestaltungsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger will der promovierte Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler auf den Feldern der Kommunalpolitik neue Akzente setzen, z.B. bei der Wohnungsversorgung, der Verkehrspolitik, einer ökologischen Stadtentwicklung aber auch bei der Sicherung und beim Ausbau des Wirtschafts- und Wissenschaftsstandorts Erlangen.

„Ja zu einem starken Erlangen!“– für Janik heißt dies vor allem aber auch Ja zu einem sozialen Erlangen, das sich allen Menschen, die hier leben, verpflichtet weiß. Als ein zentrales Problem benannte Dr. Florian Janik dabei die Wohnungssituation, wo er mit einer Neubauoffensive dafür sorgen will, dass mehr bezahlbare Wohnungen zur Verfügung stehen. Aber auch eine Bildungsoffensive und ein klares Bekenntnis zur Metropolregion seien Bausteine sozialdemokratischer Politik für Erlangen.

Die Rede von Dr. Florian Janik: Ab Seite 7

05.02	20:00	Projektgruppe Energiewende und Stadtplanung	Kulisse	S. 5
06.02	20:00	Distrikt Süd: Sitzung	Röthelheim-Biergarten	S. 20
08.02	20:00	Linkes Forum Erlangen	Orpheus	S. 16
13.02	19:00	Distrikt Ost: Distriktsversammlung	Waldschänke	S. 20
15.02	09:00	„Kehraus“ im August-Bebel-Haus	August-Bebel-Haus	S. 6
19.02	19:00	Distrikt Eltersdorf	Schützenhaus	S. 19
19.02	20:00	Distrikt Frauenaurach: Distriktsversammlung	TSV Frauenaurach	S. 19
19.02	20:00	Distrikt Innenstadt: Distriktsversammlung	Kulisse	S. 19
19.02	20:00	Distrikt Tennenlohe: Jahreshauptversammlung	Schlossgaststätte	S. 20
20.02	15:00	60plus: Mitgliederversammlung	August-Bebel-Haus	S. 22
20.02	20:00	Arbeitskreis Frieden und Internationalismus	August-Bebel-Haus	S. 4
20.02	20:00	AsF: Jahreshauptversammlung	August-Bebel-Haus	S. 23
20.02	20:00	Distrikt West: Jahreshauptversammlung	Zur Einkehr	S. 22
27.02	20:00	Wirtschaftspolitischer Arbeitskreis	August-Bebel-Haus	S. 4
28.02	20:00	Kreismitgliederversammlung	Turnerbund	S. 3
06.03	20:00	AsF: Sitzung	August-Bebel-Haus	S. 23
06.03	20:00	Distrikt Frauenaurach: Jahreshauptversammlung	TSV Frauenaurach	S. 19
10.03	11:00	Frauenempfang	Orangerie	S. 3
14.03	19:00	Jahreshauptversammlung		

Kontakt

Kreisverband Erlangen-Stadt
Vorsitzender: Dieter Rosner
Friedrich-List-Straße 5
91054 Erlangen
Telefon: 09131-8126522
Fax: 09131-8126513
E-Mail: buero@spd-erlangen.de
Internet: www.spd-erlangen.de

Bankverbindung:
Sparkasse Erlangen
BLZ 76350000
Konto-Nr. 12005

Bürozeiten:
Nach Vereinbarung

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen
Vorsitzender: Dr. Florian Janik
Geschäftsführerin: Saskia Coerlin
Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Telefon: 09131-86-2225
Fax: 09131-86-2181
E-Mail: spd@stadt.erlangen.de
Internet:www.spd-fraktion-erlangen.de

Bürozeiten
Montag 09:00 bis 12.00 Uhr
Dienstag 09:00 bis 12:00 Uhr
Mittwoch 09:00 bis 12:00 Uhr
Donnerstag 09:00 bis 12:00 Uhr
Freitag geschlossen

Impressum

Herausgeber
SPD-Kreisverband Erlangen, Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen

Presserechtliche Verantwortung und Leitung
Philipp Dees
Lichtenfelser Weg 6
91056 Erlangen
Telefon: 09131-483791
monatsspiegel@spd-erlangen.de

Mitarbeit: Lars Thomsen

Druck: Gutenberg Druck und Medien, Uttenreuth

Auflage: 700 Stück

Peter-Zink-Preis für die Erlanger Hochschulgruppe von Amnesty International

SPD Erlangen, IG Metall Erlangen und die Familie von Peter Zink haben die Erlanger Amnesty-Hochschulgruppe mit dem Peter-Zink-Preis 2013 ausgezeichnet.

In seiner Laudatio betonte der Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion, Dr. Florian Janik, die Amnesty-Hochschulgruppe habe sich den Preis aus mehreren Gründen verdient. Seit vielen Jahren informiere über Menschenrechtsverletzungen überall auf der Welt und versuche, die Menschen aufzurütteln. Sie mache immer wieder deutlich, warum eine humane Flüchtlings- und Asylpolitik notwendig sei. Und sie tue all dies nicht mit einem erhobenen Zeigefinger, sondern mit kreativen Aktionen.

Die Erfahrungen Peter Zinks und die Motivation für seine politische Arbeit machte Michael Zink, der Sohn Peter Zinks, deutlich: Zink, der wegen seines Engagements in der SPD und bei den Gewerkschaften für mehrere Monate im KZ Dachau inhaftiert war und danach jahrelang Berufsverbot hatte, beteiligte sich nach dem Krieg intensiv an der Wiederherstellung der Demokratie. Er war Mitbegründer der Erlanger SPD und des DGB Bayern, Vorsitzender des Betriebsrats der Siemens-Reiniger-Werke und 1954 bis 1974 Landtagsabgeordneter. Seine Ämter seien aber immer nur ein Teil seines Engagements gewesen: Peter Zink sei immer ein freundlicher, hilfsbereiter und bodenständiger Mensch gewesen. Im Mittelpunkt seines Wirkens hätten immer die Interessen der Menschen, gerade der „kleinen Leute", gestanden.

Die Preisträgerinnen und Preisträger der Amnesty-Hochschulgruppe mit dem DGB-Vorsitzenden Wolfgang Niclas (links), und (ab dem 7. von links) Michael Zink, dem SPD-Kreisvorsitzenden Dieter Rosner und dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Florian Janik

In diesem Sinne, das machte Janik deutlich, wirke auch die Amnesty-Hochschulgruppe. Sie trete mit ihren Aktionen für eine menschliche Gesellschaft weltweit ein und trage zur Verbreitung von Menschenrechten und Demokratie bei. Gleichzeitig liefere sie auch wichtige Impulse für die politische Diskussion um Menschenrechte in Deutschland und speziell in Erlangen. Und dabei gelinge es ihr auch immer wieder aufs neue, junge Menschen für den Einsatz für Menschenrechte zu begeistern. All dies mache die Amnesty-Hochschulgruppe zu einer würdigen Preisträgerin.

Einladung zum Frauenempfang 2013

Sonntag, 10. März 2013, Beginn: 11 Uhr
Orangerie im Erlanger Schlossgarten

Begrüßung:
Gisela Niclas, stellvertretende Unterbezirksvorsitzende

Zu Gast:
Diana Liberova, M.A., Vorsitzende des Integrationsrates Nürnberg

Musikalische Gestaltung:
Dezibella – der Erlanger Frauenchor

Vorstellung der SPD-Kandidatinnen 2013:
- Martina Stamm-Fibich/Bundestag
- Alexandra Hiersemann/Landtag
- Gisela Niclas/Bezirkstag

Die detallierte Einladung per Mail, per Post und über die Medien erfolgt Mitte Februar. Sie erscheint auch im Monatsspiegel März 2013.

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zur

Kreismitgliederversammlung

am Donnerstag, den 28. Februar 2013, 20.00 Uhr
Turnerbund, Spardorfer Straße 79

Als Tagesordnung schlagen wir Euch vor:
1. **Aktuelles und Begrüßung der Neumitglieder**
2. **Einführung in die 60plus-Arbeit des letzten Jahres**
3. **Aktuelle Entwicklung der Krankenversicherung innerhalb der Gesundheitspolitik**
   - **Referent: Horst Schmidbauer, MdB a.D.**
   - **Kommentarrunde durch Fachleute aus dem Bereich ärztliche Versorgung und Pflege**
4. **Anträge**
5. **Berichte aus den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften**
6. **Verschiedenes**

Horst Schmidbauer war 15 Jahre als Abgeordneter der SPD im Deutschen Bundestag und erwarb in dieser Zeit bundesweit den Ruf eines anerkannten Experten für Gesundheits- und Sozialpolitik. Auch nach seiner aktiven Zeit als Abgeordneter geht er weiter sozialpolitischen Grundsatzfragen und Weichenstellungen nach, wie der Einführung der Bürgerversicherung. Er lebt in Nürnberg.

Dieter Rosner **Dirk Goldenstein** **Sandra Radue** **AG 60plus.**

Arbeitskreis „Frieden und Internationalismus“

Wir treffen uns wieder am

Mittwoch, 20. Februar, 20 Uhr im August-Bebel-Haus

Themen:
- Aktuelles
- Fortsetzung unserer Arbeit entlang einer strukturierten Stoff- und Fragensammlung (s. www.fen-net.de/dr.helmut.pfister unter „Internationalismus reloaded“):
  - Ergebnis-Thesen zu Abschnitt 1: Fakten und Prozesse, „Geschichtliche Hintergründe“ und „Militarisierung der Außen- und Entwicklungspolitik“;
  - Fortsetzung der Diskussion zu Abschnitt 1, Teil „Innere Militarisierung“ (Rosi Pfister)
  - Diskussion zu Abschnitt 1, Teil „Ideologie“ (Helmut Pfister)

Wir laden alle Interessierten, ob SPD-Mitglieder oder nicht, herzlich ein, mitzuarbeiten, mitzudiskutieren oder auch nur erstmal zuzuhören, je nach Gusto.

Helmut Pfister

Wirtschaftspolitischer Arbeitskreis

Wir treffen uns wieder am

Mittwoch, 27. Februar, 20 Uhr im August-Bebel-Haus

Themen:
- Aktuelles
- Diskussion und Planung über/für den neuen Arbeitsschwerpunkt „EU-Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik“

Wie jeder Arbeitskreis des Kreisverbands ist auch der WiPo-AK natürlich offen für alle Interessierten, ob SPD-Mitglieder oder nicht. Wir freuen uns über jede/n, die/der mitarbeiten, mitdiskutieren oder auch nur erstmal zuhören will.

Helmut Pfister

Termine 2013

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
einige wichtige Termine möchten wir Euch gerne schon so früh wie möglich mitteilen, damit Ihr sie gleich fest in Euren Kalender eintragt.

13.3. (Mittwoch), 20.00 Uhr	Programm im Dialog: Thema Bildung (Arbeitstitel)
14.3. (Donnerstag), 19.00 Uhr	Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen
16.3. (Samstag), 10.00 Uhr	Kreativ-Workshop zum Wahlkampf
18.4. (Donnerstag), 20.00 Uhr	Kreismitgliederversammlung
20. und 27.4. (Samstag), 10.00 Uhr	Klausurtagung zum Kommunalwahlprogramm
14.5. (Dienstag!), 20.00 Uhr	Kreismitgliederversammlung zur Abstimmung über das Kommunalwahlprogramm
8.6. (Samstag), 15.00 Uhr	150 Jahre SPD – Familienfest am Neustädter Kirchplatz
29.6. (Samstag), 10.00 Uhr	Kreismitgliederversammlung zur Nominierung der Stadtratsliste
24.8. (Samstag), 19.00 Uhr	150 Jahre SPD – Festakt im Redoutensaal

Bitte beachtet, dass sich bei der Uhrzeit eventuell noch Veränderungen ergeben können. Und natürlich ist dies nur eine Vorauswahl der Termine, die jetzt schon feststehen.

Wenn Ihr noch nicht in unserem Mail-Verteiler seid, aber gerne aktuelle Infos aus dem Kreisverband haben wollt, meldet Euch bitte bei dieter.rosner@fen-net.de an.

Wir gratulieren zum Geburtstag

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Februar Geburtstag feiern. Wir wünschen euch für euer nächstes Lebensjahr alles Gute!

06.02. Marianne Kobiela
65 Jahre

10.02. Helmut Schäfer
70 Jahre

11.02. Barbara Janik
60 Jahre

13.02. Manfred Kirscher
73 Jahre

15.02. Frank-Lothar Krawolitzki
80 Jahre

15.02. Ingeborg Körner
84 Jahre

23.02. Elisabeth Sigwart
71 Jahre

24.02. Inge Aichele
74 Jahre

24.02. Elfriede Krauß-Breuers
82 Jahre

24.02. Ursula Rechtenbacher
79 Jahre

26.02. Stefan Barth
76 Jahre

27.02. Norbert Fischer
60 Jahre

28.02. Adolf Most
87 Jahre

150 Jahre SPD

Das Jahr 2013 bringt für unsere Partei eine Reihe wichtiger Jubiläen: Die SPD feiert ihren 150sten Geburtstag, der Todestag August Bebels jährt sich zum hundertsten Mal und wir feiern den 100. Geburtstag Willy Brandts.

Veranstaltungen in Erlangen

Für die Planung der Jubiläumsfeiern in Erlangen hat sich unter der Leitung unserer Bundestagskandidatin Martina Stamm-Fibich eine Arbeitsgruppe der beiden Kreisverbände Erlangen-Stadt und Erlangen-Höchstadt zusammengefunden, die für diese Jubiläen einen würdigen Rahmen plant. Bitte reserviert Euch folgende Termine:

- Am **8. Juni** feiern wir ab **15 Uhr** ein großes, buntes **Familienfest auf dem Neustädter Kirchplatz**. Dazu wollen wir ein buntes Programm entwickeln, das für alle etwas bereithält.

  Wer hierzu noch Ideen hat oder gerne mithelfen will, ist herzlich willkommen, etwas beizutragen. Bitte meldet Euch bei martina.stamm-fibich@siemens.com oder sandra.radue@gmx.de.
- Am **24. August** findet um **19 Uhr** ein **Festakt im Redoutensaal** statt. Bitte reserviert auch diesen Termin. Nähere Informationen gehen Euch rechtzeitig zu.

Fahrt zum „Deutschlandfest“ der Bundespartei in Berlin

Liebe Genossinnen und Genossen,
Zusammen mit der Beitragsquittung für das vergangene Jahr habt Ihr alle auch eine Einladung zum großen Geburtstagsfest der SPD am 17. und 18. August in Berlin erhalten.

Der Parteivorstand bietet in Zusammenarbeit mit dem SPD-Reiseservice ein Reisepaket an. Ich bin davon überzeugt, dass viele von Euch Interesse daran haben, mit nach Berlin zu fahren. Ich habe es deshalb übernommen, diese Reise für den Unterbezirk zu organisieren. Ich würde mir gerne frühzeitig einen Überblick darüber verschaffen, wie groß das Interesse Eurerseits ist. Ich glaube, dass auch außerhalb der SPD das Angebot auf Interesse stoßen wird.

Die Reise würde – 35 Personen Mindestteilnahme vorausgesetzt – ca. 170 Euro kosten. Wir würden am Freitag, 16. August gegen 8 Uhr in Erlangen wegfahren und am Sonntag, 18. August am frühen Abend wieder hier sein. Das sind alles erst „Ungefähr-Angaben“. Auch das konkrete Programm und was wir außerhalb der offiziellen Veranstaltungen noch unternehmen können, werde ich Euch noch zukommen lassen.

Es wäre schön, wenn Ihr schon mal Euer Interesse bekunden würdet. Mein Kontakt: Heide.Mattischeck@web.de. Ein Anruf ist möglich unter 09545/442377.

Ich möchte Euch noch auf ein anderes Ereignis hinweisen, das der SPD-Reiseservice anbietet. Eine Fahrt zu den Gründungsstätten der SPD: Gotha, Erfurt, Eisenach, Leipzig, inklusive des großen Volksfestes am 23. Mai – am Tage des Festaktes in Leipzig. Diese Reise kostet 359 Euro und findet vom 20. Mai bis 24. Mai statt.

Wer Interesse daran hat, kann sich beim SPD-Reiseservice näher informieren:
SPD-Reiseservice
Wilhelmstr. 140
10963 Berlin
Tel.: 030 2559 4640
Fax: 030 2559 4699
Mail: info@spd-reiseservice.de
www.spd-reiseservice.de

Ich hoffe auf großes Interesse
Eure Heide Mattischeck

Projektgruppe „Energiewende und Stadtplanung“

Liebe Genossinnen und Genossen,
der nächste Termin der Projektgruppe Energiewende und Stadtplanung zum Kommunalpolitischen Programm der SPD Erlangen für 2014 findet statt am

Dienstag, 5. Februar, 20 Uhr im Nebenzimmer der Kulisse, Theaterstr. 8

Nachdem wir mit den Forderungen für unser Programm soweit durch sind, werden wir uns nun parteiintern mit den allgemeinen Teilen Ziele und Rahmenbedingungen der von unserer PG zu bearbeitenden Kapitel beschäftigen.

Hierzu sind wieder alle Genossinnen und Genossen, die sich für die Themen interessieren, herzlich eingeladen.

Das bisherige Kommunalpolitische Programm der SPD Erlangen ist hier zu finden: http://www.spd-fraktion-erlangen.de/files/2012/08/kompolprog2008-2014.pdf

Mit solidarischen Grüßen
Dr. Andreas Richter
Referent für Schulung und Arbeitskreise im SPD-Kreisvorstand Erlangen

Aktiv gegen Studiengebühren

Mit vielen Aktionen, von der Infostandbetreuung über Hausverteilungen und Infoverteilungen in der Innenstadt hat die Erlanger SPD das Volksbegehren zur Abschaffung der Studiengebühren unterstützt. Getragen wurde die Kampagne in Erlangen dabei vom lokalen Bündnis zur Abschaffung der Studiengebühren, an dem die Erlanger SPD gemeinsam mit der Studierendenvertretung der FAU, dem DGB und weiteren Gewerkschaften sowie anderen Parteien und Organisationen beteiligt war. Die Sammeleintragung der BündnispartnerInnen zu Beginn der Eintragungszeit fand dabei überregionale Aufmerksamkeit.

Gelungen ist eine starke Kampagne, die zu einem hervorragenden Ergebnis für das Volksbegehren in Erlangen führte: Bereits fünf Tage vor Ende des Eintragungszeitraums konnte in Erlangen die 10-Prozent-Marke überschritten werden.

Alexandra Hiersemann (links) und Angelika Weikert werben auf dem Bahnhofsplatz für das Volksbegehren

Philipp Dees (mit „Stoppschild“) gemeinsam mit den MitstreiterInnen vom Erlanger Bündnis gegen Studiengebühren auf dem Weg zur Eintragung im Rathaus (Bild: Andreas Ruprecht)

„Kehraus“ im August-Bebel-Haus am 15. Februar von 9 bis 14 Uhr

Liebe Genossinnen und Genossen,
nach Martina Stamm-Fibich, Gisela Niclas und Philipp Dees haben wir am 23. Januar mit der Nominierung unseres OB-Kandidaten Dr. Florian Janik unser Spitzenpersonal für die kommenden Wahlkämpfe beisammen. Nun geht es an die Weiterentwicklung unseres Programms und die Findung unsere Stadtratsliste.

Vorher noch ist unser August-Bebel-Haus als Wahlkampfzentrale dran. In einem großen Kehraus bereiten wir in Keller und Katakomben für die kommende aktive Zeit vor. Dabei wollen wir auch altes Material loswerden, ausgediente Plakatständer aussortieren, Platz schaffen...

Wir würden uns freuen, wenn Ihr, liebe Genossinnen und Genossen, am Freitag, den 15. Februar in der Zeit von 9.00 Uhr bis ca. 14.00 Uhr etwas Zeit erübrigen könnt.

Bitte meldet Euch bei sandra.radue@gmx.de oder unter 4003764 bei mir, damit ich einen Überblick bekomme, wer alles mitmacht.

Vielen Dank für Euer Engagement.
Sandra Radue

Mithilfe im Wahlkampf gesucht

Für den Wahlkampf brauchen wir ein schlagkräftiges Team. Unsere Inhalte und unsere Kandidaten müssen auch an die Bürgerinnen und Bürger gebracht werden. Um nicht jedes Mal alle Genossinnen und Genossen ansprechen zu müssen, wollen wir verschiedene Teams bilden, die bei Bedarf mit anpacken.

Bitte fülle folgendes Formular aus und sende es an die SPD Erlangen, Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen.

- o Ich bin bereit bei Plakatierungen zu helfen.
- o Ich kann bei Plakatierungen auch mein Auto mitbringen.
- o Ich bin bereit, bei Infoständen mitzuhelfen.
- o Ich kann mit meinem Auto beim Auf- oder Abbau von Infoständen helfen.
- o Ich bin bereit, bei Hausverteilungen in meinem Distrikt Infomaterial zu verteilen.
- o Ich stehe zur Verfügung, wo ich am Nötigsten gebraucht werde.

Meine Kontaktdaten:

Name, Vorname: _____

Adresse: _____

Telefon: _____ Mobil: _____

E-Mail: _____

JA zu Erlangen! Ja zum Wechsel!

Rede von Dr. Florian Janik bei der Nominierungsversammlung am 23. Januar 2013 – es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,
am 16. März 2014 wird ein neuer Oberbürgermeister für Erlangen gewählt. Gemeinsam werden wir den Wechsel schaffen und dafür sorgen, dass der neue Oberbürgermeister wieder aus der SPD kommt. Anton Hammerbacher, Michael Poeschke, Dietmar Hahlweg – drei sozialdemokratische Oberbürgermeister haben Erlangen maßgeblich geprägt. Es ist an der Zeit, daran anzuknüpfen und wieder mehr aus unserer Stadt zu machen.

Die starke Wirtschaft, die hohe Lebensqualität, der einzigartige Bildungsstandard unserer Bürgerinnen und Bürger: Ja, Erlangen ist eine starke Stadt. Aber weiß sie das auch? Spüren das alle Bürgerinnen und Bürger? Kommen unsere Möglichkeiten auch bei unseren Kindern uneingeschränkt an? Ich meine: Nein. Lasst uns Schluss machen mit einer Stadtspitze, die Erlangen schwächt, anstatt unsere Stärken zu stärken. Schluss mit einer Stadtspitze, die die Menschen als Aktionäre einer Erlangen AG versteht, einer Stadt, die wie ein Unternehmen funktionieren soll – anstatt Heimat zu sein. Heimat ist nicht beliebig austauschbar wie ein Aktienpaket. Heimat kann gestaltet werden. Heimat ist eine Stadt, in der man gerne lebt und für deren Zukunft man sich einsetzt.

Die Zeichen stehen gut für diesen Wechsel. Lasst uns in den nächsten 14 Monaten gemeinsam dafür kämpfen. Ich bin bereit!

Liebe Genossinnen und Genossen,
sehr geehrte Damen und Herren,
es ist Zeit für ein klares JA zu Erlangen, einem JA zu unserer Stadt.

JA zu Erlangen heißt für mich, dass das Potenzial unserer Stadt wieder voll und im Sinne unserer Bürgerinnen und Bürger genutzt wird. In Erlangen leben Menschen mit Ideen, mit Wünschen und mit Bedürfnissen und mit einer Vorstellung davon, wie sich ihre Umgebung, wie sich Ihre Stadt entwickeln kann und soll.

Wir Erlanger wissen selbst am besten, was gut für uns ist! Ich will dafür sorgen, dass dieses Potenzial, unsere Ideen, unsere Wünsche zum entscheidenden

Element der Gestaltung, der Mit-Gestaltung in unserer Stadt werden.

Die Menschen und ihre Wünsche, Bedürfnisse und Ideen ernst nehmen: Das ist in den letzten Jahren in Erlangen aus der Mode gekommen. Aber das war nicht immer so. Auch 17 Jahre konnten in dieser Stadt die Spuren eines sozialdemokratischen Oberbürgermeisters, Deine Spuren, lieber Dietmar, nicht verwischen. Von Deiner Politik in dieser Zeit zehrt unsere Stadt bis heute. Die Fahrradstadt, die Ökostadt, die Stadt des Comic-Salons, des Poetenfests und des Figurentheaterfestivals – all das ist noch am Leben. Es ist noch da, manchmal unter der Oberfläche verborgen, manchmal kaum noch erkennbar. Aber man kann es noch spüren! Und es ist mehr Erlangen als all das zusammen, was in den zurückliegenden Jahren unter dem jetzigen OB entstanden ist.

JA ZUM **WECHSEL.**

Lasst uns die Zeit beenden, in der Erlangen von vielen Kräften bewegt wurde, aber sich selbst nicht bewegen durfte. Ich möchte, dass unser Erlangen daran wieder anknüpft, dass Erlangen wieder seiner Zeit voraus ist.

Ich habe das Gefühl, Erlangen dümpelt auf hohem Niveau dahin. Da wird hier mal „vielleicht“ und da mal „nein“ gesagt. Da wird über Rankingplätze gejubelt, für die man selbst nichts getan hat, und sich gegenseitig auf die Schulter geklopft, wenn man sich mal wieder selbst einen Titel verliehen hat. Ab und zu hält man an, ergreift eine Chance und dümpelt weiter. Das reicht nicht! Da geht doch viel mehr! Wenn wir aktiv unsere Zukunft und die Zukunft unserer Kinder gestalten wollen, dann reicht es nicht, nur ab und zu aus dem Meer der Möglichkeiten zu schöpfen. Nein, wir müssen aktiv einen eigenen, selbstbewussten und von unseren Bürgerinnen und Bürgern mit großer Motivation getragenen Weg gehen. Die Chancen haben wir – lasst sie uns auch nutzen!

Meine Frau Sylvia und ich, wir leben mit unseren beiden Kindern Lotta und Max in Erlangen und sie haben es sehr gut in Erlangen. Aber wie wird das in Zukunft sein? Wie wird es sein, wenn sie eine Ausbildung machen oder studieren wollen oder selbst eine Familie gründen? Damit Erlangen auch in Zukunft eine lebens- und liebenswerte Stadt bleibt, muss sich heute etwas ändern. Das darf man nicht alleine dem Zufall und den Marktkräften überlassen. Es reicht nicht, nur auf das zu reagieren, was von außen auf die Stadt einströmt.

JA zu Erlangen, das heißt JA zur einer aktiven Entwicklung und JA zu einer kreativen Gestaltung unserer Stadt. Ich will im Dialog mit den Erlangerinnen und Erlangern Ideen und Visionen entwickeln und Zukunftspläne schmieden. Nicht für die Schublade und auch nicht als Beschäftigungstherapie oder als Placebo-Bürgerbeteiligung, sondern mit dem klaren Willen, die gemeinsam festgelegten Ziele auch Schritt für Schritt umzusetzen.

Die Bürgerinnen und Bürger sollen sich in Erlangen sicher sein, dass sie es sind, die Ihre Stadt gestalten. Dass sie entscheiden, was in dieser Stadt passiert. Voraussetzung dafür ist eine handlungsfähige Stadtverwaltung. Eine starke Stadt, mit handelnden, nicht-privatisier-

ten kommunalen Unternehmen, eigenen Stadtwerken, einer modernen Wohnungsbaugesellschaft unter der Aufsicht des Stadtrats und dadurch der Bürger.

Eine solche Stadtverwaltung nimmt sich aktiv der Anliegen und Interessen der Bürgerinnen und Bürgern an und lässt Sie nicht mit dem Verweis allein: „Wir sind da nicht mehr zuständig." Die Bürgerinnen und Bürger sind mehr als nur Kunden. Städte und Gemeinden sind die für jede und jeden direkt zugänglichen Instanzen unseres Staates, buchstäblich von der Wiege bis zur Bahre. Sie sind Deutschland und sie repräsentieren unsere Demokratie. Wenn die Kommunen nicht mehr handlungsfähig sind oder nicht mehr handeln, leidet die Demokratie in unserem Land.

Und es ist ja nicht so, dass es in Erlangen nicht genug zu tun gäbe. Es gibt jede Menge Baustellen, abgebrochene Projekte, offene Flanken. Hektischer Stillstand bei der Stadtspitze und den Stadträten, die sie unterstützen. Sie stehen ratlos vor den großen Aufgaben dieser Stadt. Und dabei gibt es so viel zu tun!

- Die Energiewende und der Klimaschutz erfordern es, dass wir global denken, aber lokal handeln; Etwas tun, nicht nur darüber reden.
- „Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden", heißt im Grundsatzprogramm der SPD. Hier vor Ort muss es unser Anspruch sein, die Gleichstellung der Geschlechter mitzudenken, wenn Entscheidungen getroffen werden.
- Der demographische Wandel bringt es mit sich, dass mehr ältere Menschen hier in Erlangen leben werden. Und diese haben Wünsche und Bedürfnisse, die von der Freizeitgestaltung über das Wohnen bis hin zur Pflege reichen.
- Zugleich wird Erlangen mit seinen Studierenden auch weiterhin eine relativ junge Stadt bleiben. Diesen jungen Menschen müssen wir Zukunftsperspektiven geben.
- Der größte Arbeitgeber hier vor Ort hat sich verändert. Die enge Verbindung zwischen Stadt und Siemens existiert zwar noch, sie ist aber nicht länger ein Garant dafür, dass zentrale Standortentscheidungen zu Gunsten Erlangens ausgehen werden.
- Das Verhältnis der vor 40 Jahren eingemeindeten Stadtteile zur restlichen Stadt ist nicht immer einfach, in letzter Zeit verstärkt Konflikt beladen. Das geht besser.
- Ehrenamtliches Engagement in den Vereinen und Verbänden, aber auch in der Nachbarschaft, ist eine tragende Säule unserer Gesellschaft. Die Ehrenamtlichen brauchen aber nicht nur Preise, Ehrungen und warme Worte, sondern handfeste Unterstützung bei Ihrer Arbeit.
- Offen aus Tradition ist das Erlanger Motto, aber viel zu oft wird es nur beschworen, anstatt es zu leben. Die Arme auszubreiten für die Menschen, aus welchen Gründen auch immer zu uns kommen, ist eine Aufgabe, der sich diese Stadt immer wieder neu stellen muss.
- Gesund leben, gesund alt werden, Kinder gesund aufwachsen lassen, das sind brandaktuelle Themen, die uns alle bewegen. Erlangen hat sich einen Namen gemacht als Standort für Medizin und vor allem für Medizintechnik, aber bei den Menschen in unserer Stadt, kann und muss mehr davon ankommen.
- Statt mantramäßig wiederholter Sparappelle, Kürzungen nach dem Gießkannenprinzip und einem gigantischen Investitionsstau trotz steigender Verschuldung braucht es wieder Seriosität in der Haushaltspolitik. Die Finanzkraft unserer Stadt ist gut, jedenfalls besser als die vieler anderer Städte. Aber auch in Erlangen merken wir, dass die Aufgaben und damit auch die Ausgaben die Einnahmen dann und wann übersteigen. Wir müssen wieder eine ausgewogene Balance von Einnahmen, Leistungen für die Bürger und Investitionen für die Zukunft schaffen. Davon sind wir heute weit entfernt.

Hier anzupacken und zu handeln, dafür stehe ich.

JA zu sozialer Gerechtigkeit

Liebe Genossinnen und Genossen,
sehr geehrte Damen und Herren,
JA zu Erlangen, das heißt für mich auch und vor allem JA zu mehr sozialer Gerechtigkeit in unserer Stadt. Denn gerade Menschen in schwierigen Situationen, in Krisen und mit Erkrankungen, all sie brauchen eine starke Stadt und eine empathische Politik. Sie können sich eine schwache Stadt nicht leisten. Sie brauchen eine Politik, die ihnen genau zuhört, die sie mit ihren Sorgen und Ängsten annimmt und diese ernst nimmt.

Das gilt verstärkt dort, wo soziale und wirtschaftliche Ungleichheit spürbar sind. Die Schere zwischen Arm und Reich ist bereits weit geöffet! Es gehört in Deutschland und weltweit zu den drängendsten Herausforderungen, dafür zu sorgen, dass sich diese Schere nicht noch weiter öffnet. In einer Stadt wie Erlangen haben wir sogar gute Möglichkeiten, die Schere wieder zu schließen.

JA ZU **BEZAHLBAREM WOHNRAUM.**

Das größte soziale Problem in Erlangen ist die Situation auf dem Wohnungsmarkt. Wohnen, ein Grundbedürfnis, ist zu einem Luxusgut geworden. Das werde ich als Erlanger Oberbürgermeister ändern. Wir brauchen eine Neubauoffensive in Erlangen. Die Entwicklung von neuem Bauland in Erlangen-West muss beschleunigt werden und Brachflächen müssen genutzt werden. Nicht nur Wohnraum, auch Fläche ist knapp in Erlangen. Deshalb braucht es nicht einfach nur irgendwelche Häuser von der Stange, sondern kreative Lösungen, wie man viel und trotzdem lebenswerten Wohnraum auf kleiner Fläche schafft.

Wohnraum für alle Generationen, für Familien, Senioren und Studierende. Modern müssen die Wohnungen sein und die entstehenden Siedlungen dürfen keine Schlafvorstädte werden, sondern lebenswerte Quartiere mit sozialer und kultureller Infrastruktur. Energieeffiziente und barrierefreie Gebäude müssen es sein, denn wir bauen für die kommenden Generationen. Neuer Wohnraum, das muss schnell gehen und er muss für die Menschen auch bezahlbar sein.

Sicher, das ist eine gewaltige Aufgabe. Wir werden sie nur lösen können, wenn es uns gelingt, die Bürgerinnen und

JA ZU **SOZIALER GERECHTIGKEIT.**

Bürger von den Chancen zu überzeugen und sie zum Mitmachen zu bewegen. Wenn es uns als starker Stadtverwaltung und engagierten Stadträtinnen und Stadträte gelingt, die Bürgerinnen und Bürger mit ihren Vorschlägen und Ideen zu beteiligen. Wir haben in Erlangen das Know-How. Stillstand im Wohnungsbau kann sich unsere Stadt nicht erlauben. Vor allem aber können sich das viele Erlangerinnen und Erlanger nicht länger leisten. JA zu Erlangen, das heißt JA zu bezahlbarem Wohnraum!

JA zu sozialer Gerechtigkeit, das heißt aber auch JA zu besser Bildung. Bildung ist der Schlüssel zu einem selbstbestimmten Leben, einem guten Job, sozialer Sicherheit, zu Teilhabe an der Gesellschaft. Der Schlüssel zum Mitmachen-Können.

Sicherlich, Erlangen ist eine sehr gebildete Stadt. Dennoch gibt es immer wieder Menschen, die auf der Strecke bleiben. Und da ist jeder einzelne einer zuviel!

Unsere Schulen werden saniert – endlich. Aber Investitionen in Gebäude sind noch kein Bildungsprogramm.

JA ZU BESSERER BILDUNG.

Sie sind nur die Hülle dafür. Auch hier gilt, dass wir jetzt schon weiterdenken müssen. Die Schule der Zukunft wird die Ganztagsschule sein. Im Stadtteil verankert, mit den Vereinen und Institutionen unserer Stadt vernetzt. In der Theorie ist das alles klar. In der Praxis ist es noch ein unendlich weiter Weg. Wenn wir die beste Bildung für unsere Kinder wollen, dann lohnt es sich aber, dass wir ihn gehen.

Und nach der Schule? Für viele folgt dann eine Ausbildung oder ein Studium. Da sind die Bedingungen in Erlangen gut. Aber denjenigen, die es nicht schaffen, einen Ausbildungsplatz zu bekommen, können und sollten wir helfen. Gemeinsam mit den Unternehmen, mit den Gewerkschaften und den vielen Institutionen, die in diesem Bereich oft nebeneinander her arbeiten, haben wir die Chance, diesen jungen Menschen immer wieder neue Angebote zu machen. JA, das können wir schaffen hier in Erlangen.

Und wenn alles gut geht und vor allem sich alle beim Volksbegehren eintragen, dann wird es in ein paar Wochen noch ein bisschen besser. Denn dann werden die sozial ungerechten Studiengebühren auch in Bayern endlich der Vergangenheit angehören. Und das ist gut so, denn Bildung darf nicht von der Herkunft abhängen, sondern sie muss für jeden Einzelnen die Tore in die Zukunft weit aufstoßen.

JA zu guter Nachbarschaft

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

JA zu Erlangen, das heißt auch JA zur Metropolregion. Und das sage ich nicht, weil Du, lieber Uli, als einer der wichtigsten Motoren der Metropolregion Nürnberg heute hier bist. Die Metropolregion und vor allem die Städteachse sind im Handeln und im Bewusstsein der Menschen und der Unternehmen längst Realität. Ich erlebe es oft genug, dass die Menschen da viel weiter sind, als die Politik, die gerne noch in Kirchtürmen denkt. Ob Siemens Arbeitsplätze in Erlangen, Nürnberg oder Forchheim schafft oder gar abbaut – es ist alles ein Standort.Es ist unsere Region.

JA ZUR METROPOLREGION NÜRNBERG.

Und auf diese Region sind wir angewiesen. Wir sind darauf angewiesen, weil unsere Stadt alleine den vielen Menschen, die hier leben und arbeiten, gar nicht genug attraktiven Lebensraum bieten kann. Ein attraktives Umfeld ist aber Voraussetzung dafür, dass unsere Universität und Unternehmen die besten Köpfe aus aller Welt gewinnen können und dass die großen, aber auch die kleinen Unternehmen in unserer Stadt auch in Zukunft an diesem Standort festhalten. Denn das ist sicher: Halten sie daran nicht fest, trifft es die Region als Ganzes, aber Erlangen mit besonderer Härte. Nur gemeinsam können die Kommunen diesen Herausforderungen wirkungsvoll begegnen und sich für die Zukunft gut aufstellen. Um es mit Willy Brandt zu sagen: Wir wollen eine Stadt der guten Nachbarn sein. Nach innen, aber auch nach außen.

Die Region muss wirklich zusammenwachsen. Aus meiner Sicht am wichtigsten ist dabei eine moderne Verkehrsinfrastruktur. Mobilität ist heute ein Grundbedürfnis, Voraussetzung für ein zeitgemäßes Leben. Flexibilität wird gefordert, ob uns das gefällt oder nicht. Nicht ab und zu mal, sondern jeden Tag. Und unsere Region muss sich messen mit anderen Metropolregionen in Deutschland und in Europa. Mit Berlin, mit München und mit den anderen großen Wirtschaftsräumen.

Verglichen mit diesen Regionen ist unsere Verkehrsinfrastruktur alles andere als optimal. Nur ein Beispiel: Wer vom Nürnberger Flughafen mit dem ÖPNV nach Erlangen fahren möchte, fährt Bus und steigt dabei einmal mitten auf dem Acker um. So wird das nichts mit der Zukunftsregion. Wir brauchen ein umweltfreundliches, modernes und nachhaltiges Verkehrsmittel, das die Wohnquartiere mit den Arbeitsplätzen und den zentralen Orten in der Region verbindet. JA zu Erlangen heißt also auch JA zur Stadt-Umland-Bahn.

Liebe Genossinnen und Genossen, sehr geehrte Damen und Herren,
diese Stadt, unser Erlangen, liegt mir sehr am Herzen. Erlangen ist meine Heimat, hier bin ich geboren, aufgewachsen, zur Schule gegangen. Hier habe ich eine Familie gegründet und hier lebe ich gerne mit unseren Kindern

und meiner Frau Sylvia. Liebe Sylvie, wenn Du nicht JA sagen würdest zu diesem gemeinsamen Vorhaben „OB-Kandidatur“, wenn Du nicht JA sagen würdest zu den vor uns liegenden 14 Monaten und wenn Du nicht JA sagen würdest zu den dann folgenden Jahren, dann könnte ich das nicht machen und dann wollte ich das auch nicht machen. Danke, dass Du mehr als einmal JA zu mir gesagt hast.

Liebe Genossinnen und Genossen, sehr geehrte Damen und Herren,
JA zu Erlangen, das ist ein Versprechen. Es ist mein Versprechen an Sie und an Euch. Als Erlanger Oberbürgermeister werde ich mich mit ganzer Kraft für unsere Stadt, für unser Erlangen einsetzen. Ich schiele nicht schon jetzt auf den nächsten Job oder auf den Sprung in ein Kabinett und ich habe nicht vor, der Stadt den Rücken zu kehren, für kein Geldinstitut der Welt. Ich bleibe hier.

Liebe Genossinnen und Genossen,
heute bitte ich Euch zunächst einmal JA zu sagen. JA zu meiner Kandidatur als Oberbürgermeister. Dieses JA wird der Auftakt sein für einen harten Wahlkampf. Aber egal, wen andere aufbieten, Genossinnen und Genossen, wir haben die Chance zum Wechsel. Die Stadt und Ihre Bürgerinnen und Bürger sehnen sich danach, dass wieder etwas vorangeht. Das müssen wir nutzen. Das müsst Ihr nutzen. Ihr seid es, die die Veränderung wollt. Ihr habt es in der Hand, ob es gelingt. Nehmt das JA heute mit. Das JA zur Seele unserer wunderbaren Stadt, das JA zu bezahlbarem Wohnraum, das JA zur prosperierenden Stadt, das JA zu Stadt-Umland-Bahn – das uneingeschränkte, das selbstbewusste JA zu Erlangen. Geht damit nach draußen. In die Vereine, in denen Ihr aktiv seid, zu Euren Nachbarn, an den Arbeitsplatz, in den Elternbeirat und zu Euren Freunden und Bekannten. Nehmt es mit dorthin, dieses überzeugende JA.

Und dann, am 16. März 2014, sagt diese Stadt JA zu sich selbst.

JA zu Erlangen.
Vielen herzlichen Dank!

JA ZU **ERLANGEN.**
16. MÄRZ 2014

SPD kann beim Bezirkshaushalt wichtige Forderungen durchsetzen

Volle Weitergabe der Tariferhöhungen bei Entgeltverhandlungen – Sozialhaushalt um 1,6 Millionen Euro aufgestockt

Von Gisela Niclas
Bezirksrätin

Am Nikolaustag 2012 wurde der Haushalt 2013 beschlossen. Nach mehr als einem Jahr Auseinandersetzungen im Bezirkstag ist es in der Haushaltsrunde endlich gelungen: Die Tariferhöhungen im öffentlichen Dienst müssen in Entgeltverhandlungen zwischen Bezirk und Sozialverbänden für deren Beschäftigte in voller Höhe weitergegeben werden. Dafür wurde der Sozialhaushalt um 1,6 Millionen Euro. aufgestockt. Monatelang hatten die Sozialverbände Druck gemacht. Kurz vor dem Haushaltsbeschluss im Dezember hatte auch die Gewerkschaft ver.di dem Bezirkstag unmissverständlich klargemacht, dass Schluss sein muss mit der Ungleichbehandlung. Es darf nicht sein, dass Beschäftigte in den kommunalen Sozialeinrichtungen des Bezirks und der Städte und Gemeinden selbstverständlich die Tariferhöhungen erhalten, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei den Sozialverbänden aber deutlich unter den Steigerungen bleiben sollen. Genauso haben SPD, Grüne und der Bezirksrat der Linken von Anfang an argumentiert. Bei CSU und FW war diese einfache Logik bisher auf taube Ohren gestossen. Bei den Haushaltsberatungen konnten sie nicht mehr anders. Zu groß war inzwischen der öffentliche Druck.

Tourismusförderung verbessert
Erfolgreich waren wir auch bei der Tourismusförderung: Der Etat für die Unterstützung der drei Zweckverbände im fränkischen Seenland wurde um 200.000 Euro auf 800.000 Euro aufgestockt. Die Auszahlung wird an die Bedingung geknüpft, dass ein Konzept zur nachhaltigen Weiterentwicklung des Tourismus vorgelegt wird.

Die Bezirksumlage wird gesenkt
Das Gesamtvolumen des Bezirkshaushaltes beträgt 730,3 Millionen Euro, das bedeutet gegenüber 2012 eine Steigerung um 5,7 Prozent. Davon entfallen allein auf den Sozialetat – Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung und stationäre Pflege – 593,4 Millionen. Die Bezirksumlage wird von 26 Hebesatzpunkten auf 25 gesenkt. Das ist eine Entlastung von 16 Millionen. für die Umlagezahler. Dennoch bringen die kreisfreien Städte – darunter Erlangen – und die Landkreis mit 401,4 Millionen nach wie vor den Löwenanteil des Bezirkshaushaltes auf. Die SPD-Fraktion hatte eine weitere Senkung der Umlage um 0,5 Punkte für vertretbar gehalten, konnte sich mit dieser Forderung aber nicht durchsetzen. Es ist nach unserer Auffassung nicht in Ordnung, dass der Bezirk als umlageberechtigte dritte kommunale Ebene über die Mindestrücklage hinaus Geld auf die hohe Kante legt, während es trotz

wirtschaftlich guter Entwicklung immer noch Kommunen in Mittelfranken gibt, die Schulden aufnehmen müssen, um ihre Aufgaben erfüllen zu können. Dem Haushalt haben wir dennoch zugestimmt, weil unsere wichtigste Forderung, die volle Weitergabe der Tariferhöhung, durchgesetzt werden konnte.

Weitere Anträge müssen auf der Tagesordnung bleiben

Auf schwarzen Granit gebissen haben wir mit unseren weiteren Anträgen. Diese müssen weiter auf der Tagesordnung bleiben – vor allem im Wahlkampf.

- Mehr Projekte zur Beschäftigungsförderung für Menschen mit Behinderung in den ersten Arbeitsmarkt: Abgelehnt!
- Bessere Unterstützung der Arbeit der Werkstatträte und Bewohnerbeiräte: Dieser Antrag wurde bereits zum zweiten Mal abgelehnt, obwohl der Anteil in den Entgeltsätzen für die Finanzierung der Arbeit der Werkstatt- und Bewohnerbeiräte lächerlich gering ist. Sie reichen z.B. nicht einmal für die Fahrtkosten zum Treffen der Arbeitsgemeinschaft der Werkstattbeiräte auf Mittelfrankenebene. Mitbestimmung ist halt kein CSU-Kernthema.
- Schaffung eines Anreizsystems „Umsteuerung von stationär nach ambulant“ im Bereich der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung: Das ist ein Kernanliegen der Behindertenrechtskonvention. Aber auch hier erfolgte Ablehnung durch die CSU/FW-Mehrheit, obwohl (vielleicht gerade weil...?) es eine ganz zentrale Forderung auf dem von der SPD durchgesetzten Fachtag „Ambulant unterstützt leben“ im Oktober 2012 war. Die knapp 200 TeilnehmerInnen mit Behinderung, eine ganze Reihe von Werkstatt- und Bewohnerbeiräten, Fachleute aus Sozialeinrichtungen, Behörden und Kommunalparlamenten, darunter sogar ein CSU-Bezirksrat, hatten sich dafür ausgesprochen. Dennoch fanden sie kein Gehör bei CSU und FW.

Aussteigerprogramm gegen Rechts: Ein steiniger Weg

Erneut hat die SPD-Fraktion ein klares Signal vom mittelfränkischen Bezirkstag gefordert. Beim Hearing im Frühjahr war unsere Forderung in den Ältestenrat verwiesen und nicht behandelt worden. Deswegen setzten wir sie erneut auf die Tagesordnung. Auch jetzt weigerte sich die CSU/FW-Merheit hartnäckig. Am Ende konnte immerhin ein Kompromiss durchgesetzt werden: Das Thema wird in die mittelfränkischen Netzwerke gegen Rechts eingebracht, dort besprochen und dann im Bezirkstag erneut beraten. Es ist und bleibt ein steiniger Weg, die CSU über vollmundige Proklamationen hinaus zum konkreten Handeln zu bringen!

Überraschender Erfolg: Bezirkstag mit Mehrheit für gemeinsamen Wahltermin

Am Ende der Haushaltsitzung gelang der SPD-Fraktion noch ein Erfolg: Die SPD-Resolution für einen gemeinsamen Wahltermin von Bundes-, Landtags- und Bezirkstagswahl im Herbst 2013 wurde mit Mehrheit angenommen. Wir wissen zwar inzwischen, dass es in Bayern keinen gemeinsamen Wahltermin geben wird. Aber immerhin: Die Freien Wähler lösten sich am Nikolaustag 2012 für einen Moment aus der Umklammerung der CSU und stimmten mit der SPD.

Hurra, sie sind doch zur Vernunft fähig! Mal sehen, wie lange es hält...

Herzliche Grüße
Eure Gisela Niclas

Landtagsfraktion gibt in Irsee Impulse für Aufholjagd

Von Angelika Weikert MdL
Betreuungsabgeordnete für den Stimmkreis Erlangen

Fazit der Klausurtagung der SPD-Landtagsfraktion in Irsee: Bayern ist noch lange kein „Land im Gleichgewicht“. Um das zu ändern, haben wir mit schlüssigen Konzepten und einem glaubwürdigen Kompetenzteam die Weichen in Richtung Regierungswechsel gestellt.

Für ein gerechtes Bayern

Es gilt Gerechtigkeit zu schaffen zwischen den Regionen, den Geschlechtern und den Generationen. Wir wollen gleiche Chancen für Einheimische und Zugezogene, für Menschen mit und ohne Behinderung.

Deshalb brauchen alle Menschen gleiche Bildungschancen, unabhängig von sozialer Herkunft und Einkommensverhältnissen. Die Förderung innovativer Wirtschaftsbereiche (z.B. Erneuerbare Energien, Elektromobilität) und die Eindämmung atypischer Beschäftigungsverhältnisse sind die Grundvoraussetzung für die Sicherung der Wirtschaftskraft und die Wiederherstellung des sozialen Zusammenhalts in Bayern. Ebenso wichtig ist die Schaffung und Erhaltung preiswerten Wohnraums.

Glaubwürdiges und kompetentes Beraterteam

Irsee zeigt auch: Neben inhaltlichen bieten wir auch attraktive personelle Alternativen. Zum Kompetenzteam Christian Udes gehört Mahmoud Al-Khatib als integrationspolitische Berater. Er musste selbst erfahren, unter welch schwierigen Bedingungen Migranten in unserem Land leben. Doris Aschenbrenner ist eine ausgewiesene Netzpolitik-Expertin. Sie setzt sich dafür ein, dass die technischen Veränderungen durch das Internet zu mehr Teilhabemöglichkeiten statt zu einer Spaltung der Gesellschaft führen. Verena Bentele, die als Blinde eine erfolgreiche Biathletin ist, wird die Inklusion von Menschen mit Behinderung endlich zu einem gesamtgesellschaftlichen Thema machen. Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin wird sich als bildungs- und hochschulpolitischer Berater für eine Verbindung von Leistungsorientierung und Bildungsgerechtigkeit einsetzen. Mit Prof. Dr. Werner Widuckel schließlich ist es gelungen, einen Sozialdemokraten mit ausgewiesenem ökonomischen Sachverstand für das Kompetenzteam zu gewinnen.

Auch wenn die Medien zuletzt lieber über Meinungsumfragen berichtet haben: Wir sind personell und inhaltlich gut für die Landtagswahl aufgestellt.

Redaktionsschluss
für den nächsten Monatsspiegel
März 2013
22. Februar 2013

Informationsdienst der SPD-Stadtratsfraktion Erlangen

RATHAUS TELEGRAMM

Seite 2
Haushalt 2013
Unsere Schwerpunkte:
Jetzt in Bildung, Energiewende und Infrastruktur investieren

Seite 3
Interkultureller Garten
Endlich Happy End für eine Neverending Story?

Ein gutes neues Jahr

wünscht Ihnen die SPD-Fraktion Erlangen

Wir hoffen, Sie hatten einen guten Start in das neue Jahr, und wünschen Ihnen viel Erfolg und Gesundheit, aber auch viele angenehme Stunden mit FreundInnen und Familie. Wir freuen uns auch in diesem Jahr auf eine gute Zusammenarbeit mit Ihnen und wünschen uns viele Anregungen, Hinweise und Unterstützung, aber auch Kritik, um für Sie und mit Ihnen Erlangen weiterhin gestalten zu können.

Hiersemann-Halle

Halle kann Heimat für HCE und Schul- und Vereinssport bleiben

Die Hiersemann-Halle am Berufsschulzentrum wird vielfältig genützt: Sie dient nicht nur dem Schul- und Vereinssport, sondern steht auch für (über)regionale sportliche Wettkämpfe zur Verfügung und ist nicht zuletzt die Heimat des HCE im Breiten- und Spitzensport.

Angesichts der tollen Erfolge des HCE in der letzten Saison und der kontinuierlichen Verbesserung der Ergebnisse in der aktuellen Spielzeit wird allerdings eine HBL-ligataugliche Halle für bis zu 2250 Zuschauer notwendig. 2012 verweigerte die SPD dem Neubau einer „Arena" im Westen wegen zu hoher Kosten von bis zu 10 Mio. die Zustimmung. Von Beginn an wurde dem Umbau in eine erstligataugliche Hiersemann-Halle der Vorzug gegeben – und der ist nun für 2,7 Mio. Euro in Sicht! Dabei sind Eigenleistungen des Vereins sowie Sponsorenmittel inbegriffen.

Die SPD hat daher 2,7 Mio. für den Um- und Ausbau der Hiersemann-Halle im Haushalt 2013 beantragt, denn es muss schnell gehen: Der Boden aus den 1980er Jahren ist nicht mehr sanierbar und muss für Schul- und Vereinssport ausgetauscht werden. Daher soll sofort zu Beginn der Sommerferien auch mit den Umbaumaßnahmen begonnen werden um durch eine sinnvolle Bauabwicklung doppelte Kosten zu vermeiden. Nach dem Umbau wird die Halle über variable Tribünenblöcke längs des Spielfeldes und Stehtribünen hinter den Toren verfügen, die weder den Schul- und Vereinssport, noch die bisherigen (Schul)turniere behindern werden.

„Es geht also doch! Eine runderneuerte Hiersemann-Halle zu diesem Preis lässt den Spielraum für dringend benötigte Verbesserungen und Erweiterungen bei Schulturnhallen im Zuge der Schulsanierungen. Und die kommen dann auch dem Vereinssport zugute", meint der Fraktionsvorsitzende Dr. Florian Janik. ■

Erlangen SPD

Haushaltsberatungen 2013

Erlangen gestalten

Schwerpunkte: Bildung für alle und von Anfang an, Energiewende und Klimaschutz, Infrastruktur erhalten und ausbauen

Nach der Verabschiedung des Haushaltes wird es wieder eine Sonderausgabe des RTs geben. Wir schicken Ihnen aber auch gerne schon vorher unser ausführliches Antragspaket zu.

Die SPD-Stadtratsfraktion hat, wie auch in den vergangenen Jahren, ein eigenes ausfinanziertes Haushaltskonzept vorgestellt, das ca. 7 Millionen Euro für zusätzliche Investitionen vorsieht, Verbesserungen der laufenden Ein- und Ausgaben von fast 3 Mio Euro ermöglicht und die ehrenamtliche Arbeit in den Vereinen und Verbänden angemessen unterstützt.
Die Investitionen stützen die Wirtschaft und das Handwerk vor Ort, was angesichts der Weltwirtschaftslage dringend erforderlich ist. Dabei setzen wir Schwerpunkte:

Bildung für alle und von Anfang an

Bildung ist das Motto dieser Wahlperiode und die SPD redet nicht nur über Bildung sondern setzt hier einen im Haushalt auch sichtbaren Schwerpunkt. Die Sanierung unserer Schulen muss konsequent weiterverfolgt werden, mit einem besonderen Schwerpunkt auf dem Ausbau der Ganztagsschulen und der energetischen Sanierung.
Bei der Betreuung für die unter Dreijährigen geht der Ausbau der Krippenplätze voran. Hier geht es jetzt vor Allem um ausreichend Personal und die Erweiterung der Betreuungszeiten.

Energiewende und Klimaschutz

Wenn die Energiewende nicht scheitern soll, dann muss vor Ort gehandelt werden! Neben der energetischen Sanierung von Gebäuden ist das wichtigste Projekt die Stadt-Umland-Bahn. Die Planungen müssen weiter vorangetrieben werden, damit am Ende dieses Jahrzehnts die Bahn zumindest zwischen Erlangen und Nürnberg fährt. Sie wird Arbeitsplätze mit Wohnorten und die Hochschulstandorte in der Region miteinander verbinden.

Infrastruktur erhalten und ausbauen

In Erlangen ist seit Jahren zu wenig investiert worden! Sowohl unsere Infrastruktur, aber auch in das kulturelle Leben und das ehrenamtliche Engagement kamen zu kurz. Und das merkt man an vielen Ecken. Die SPD will hier gegensteuern: Die Sanierung des Dechsendorfer Weihers, des Freibades West und des Freizeitzentrums Frankenhof stehen ebenso auf unserer Agenda wie die Erhöhung der Zuschüsse für zahlreiche Vereine und Verbände, allen voran für das E-Werk. Die großartige Arbeit dort muss weitergehen. Und die Hiersemann-Halle soll zu einer erstligatauglichen Handballhalle für den HC Erlangen umgebaut werden. ■

Ja zu Bildung - Nein zu Studiengebühren

Volksbegehren: Studienbeiträge in Bayern abschaffen!

Hier finden Sie alle Eintragungsorte und die Öffnungszeiten: http://volksbegehren-studiengebuehren.de/informationen/eintragungsorte/

Am 17. Januar startet die Einschreibung für das Volksbegehren zur Abschaffung der Studiengebühren in Bayern. Bis zum 30. Januar muss jeder und jede Wahlberechtigte, der oder die das Volksbegehren unterstützen möchte, sich persönlich in einer Eintragungsgstelle registrieren lassen. Dabei muss ein Personalausweis oder Reisepass mitgebracht werden. Die Einschreibung ist grundsätzlich nur in Einschreibestellen der Kommune möglich, in der man mit Erstwohnsitz gemeldet ist; für Ausnahmen ist ein Eintragungsschein erforderlich.

Die Erlanger SPD hat sich im Stadtrat erfolgreich dafür eingesetzt, die Öffnungszeiten der Einschreibestellen in Erlangen über das von der Verwaltung vorgesehene Maß hinaus auszuweiten. Neben dem Rathaus gibt es nun auch Einschreibetermine in den Stadtteilen – hier können sich auch Wahlberechtigte einschreiben, die nicht in dem jeweiligen Stadtteil wohnen! ■

Erlangen SPD

Interkultureller Garten

Was lange währt...

Weitere Informationen und Adressen zur Kontaktaufnahme finden Sie unter: www.ikgartenerlangen.de

Ein altbekanntes Lied aus Irland heißt „The Rocky Road to Dublin" und so steinig und schwierig war auch der Weg zum Interkultureller Garten in Erlangen! Ursprünglich eine Idee des Agenda 21 Beirates, brauchte das Konzept vier Jahren, zwei SPD Anträge, viele bürokratische Hindernisse und (dank der CSU Fraktion) eine Reihe von Vertagungen im Stadtrat, bevor es endlich zu einer einstimmigen, positiven Entscheidung am 13. Dezember 2012 kam.

Was aber ist ein Interkultureller Garten überhaupt? Der Garten ist als Ort der Begegnung zwischen Menschen verschiedener Kulturen aus unterschiedlichen Herkunftsländer gedacht. Kleine Parzellen von ca. 20 qm, auf denen Gemüse und Blumen umweltfreundlich für den Eigenbedarf angebaut werden, werden für eine gewisse Zeit an Mitglieder des Vereins (IKG Erlangen) verpachtet. Dazu gibt es gemeinschaftlich genutzte Flächen für Kinder, Veranstaltungen und Treffen. Individuelle Gartenhäuschen und Zäune zwischen den Parzellen gibt es nicht, Werkzeug und Gartenzubehör werden gemeinsam benutzt. In Deutschland gibt es heute schon über 80 solche Gärten. Der IKG Erlangen wird eine Fläche von zunächst 2.500 qm in Büchenbach von der Stadt pachten. Die Kosten für die Erschließung (Zuwegung, Strom, Wasser, Abwasser) bis zum Beginn der Pachtfläche werden von der Stadt Erlangen übernommen.Der IKG sucht jetzt aktive Mitglieder, die Freude am Gärtnern haben und aufgeschlossen für Kontakte mit Menschen anderer Nationen oder Herkunft sind. Auch passive Mitglieder, die den Aufbau des Vereins unterstützen, aber keine Parzelle bewirtschaften wollen, sind herzlich willkommen. Besonders für die Bewohner des Stadtteils Büchenbach bietet der IKG eine gute Gelegenheit zu nachbarschaftlichem Miteinander. Auch Schulen, Kindergärten oder anderen Gruppen können Parzellen pachten. ■

Energiewende in Gefahr

Lenkungsgruppe „EnergieeffizientER" beschliesst Resolution

„Die Energiewende gerät ins Stocken und wird sogar teilweise offen behindert", diese Feststellung traf der Stadtrat im Dezember einstimmig in einer Resolution. Bund und Länder unterstützen die Kommunen und ihre Stadtwerke in der Umsetzung nicht ausreichend. Als Grund dafür werden die ökonomischen Machtverhältnisse, politische Versäumnisse von Bund und Ländern und mächtige Lobbygruppen klar benannt.

Denn die Marktmacht der Energiekonzerne mit ihren Großkraftwerken und die Abwälzung der Kosten der Großverbraucher auf die Privathaushalte sind großer Bestandteil dieser Entwicklung.

Die Resolution, die von der Lenkungsgruppe „EnergieeffizientER" der Stadt Erlangen vorgelegt wurde, betont die „3 Großen E" - Energieeinsparung, Energieeffizienz, Erneuerbare Energien – als Kern der Energiewende für alle drei großen Sektoren Strom, Wärme und Verkehr. Nur so ist die Energiewende doch noch zu schaffen!

Die entscheidenden Hebel sind dabei Dezentralisierung, Rekommunalisierung und Regionalisierung.

Konkrete Forderungen u.a. nach stärkerer Regulierung, besserer Förderung dezentraler Windkradtwerke auf dem Land, Förderung energetischer Gebäudesanierung und die Verschärfung der Energieeinsparverordnung runden die Resolution ab. ■

RATHAUS TELEGRAMM 01/ 2013: IMPRESSUM
Das SPD-Rathaustelegramm wird durch die SPD-Stadtratsfraktion Erlangen erstellt,
Rathausplatz 1, 91052 Erlangen, Telefon: 09131-862225 - Fax: 09131-862181
Internet: www.spd-fraktion-erlangen.de - Mail: spd@erlangen.de
Verantwortlich: Dr. Florian Janik - Redaktionelle Gestaltung: Saskia Coerlin

Erlangen SPD

Das Recht, alles zu glauben – nicht aber, alles zu tun

Beschneidung: Marlene Rupprecht zum schwierigen Verhältnis zwischen Kinderrechten und Religionsfreiheit

Von Marlene Rupprecht MdB
Betreuungsabgeordnete für den Wahlkreis Erlangen

Am 12. Dezember 2012 hat der Deutsche Bundestag nach ernsthafter Debatte die Beschneidung von Jungen gesetzlich geregelt. Danach sind ärztlich fachgerecht ausgeführte Beschneidungen bis zum sechsten Monat des Kindes grundsätzlich zulässig. Für den entsprechenden Regierungsentwurf stimmten in namentlicher Abstimmung 434 von 580 anwesenden Abgeordneten. Für den von der SPD-Kinderbeauftragten Marlene Rupprecht gemeinsam mit den Kinderpolitikerinnen von Grünen und Linken initiierten Alternativentwurf, der die Beschneidung nur an Jungen ab 14 Jahren, nur bei deren Einwilligung und nur durch Kinderchirurgen und Urologen erlauben wollte, stimmen 91 Abgeordnete.

Elternrecht und Religionsfreiheit sind keine Verfügungsrechte

Marlene Rupprecht wies vor der Abstimmung nochmals darauf hin, dass das Elternrecht wie auch das Recht auf freie Religionsausübung kein grenzenloses „Verfügungsrecht“ sei, sondern durch die Menschenrechte und das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit eingeschränkt werde: Um das Recht auf freie Religionsausübung ausdrücklich zu würdigen, setzte der Alternativentwurf an der Religionsmündigkeit an, die mit dem vollendeten 14. Lebensjahr einsetzt.

„Wir haben das Recht in unserem Land alles zu glauben und alles zu denken, aber wir haben nicht das Recht, alles zu tun.“ Wenn man sich, so die SPD-Kinderbeauftragte, mit Erkenntnissen der Schmerz- und Traumaforschung der letzten 30 Jahre auseinandersetze, sei klar, dass die Beschneidung „ein risikobehafteter und irreversibler Eingriff ist.“ Entsprechend eindeutig hätten sich auch Fachverbände, z.B. die Kinder- und Jugendärzte, geäußert. Deshalb werde die Einwilligung der Betroffenen als notwendig erachtet.

Hoffnung auf Diskussion auch innerhalb der Religionsgemeinschaften

Marlene Rupprecht stellte klar, dass eine Beschneidung erst ab 14 den betroffenen Religionsgemeinschaften einiges zumuten würde: Angesichts des Schmerzes und der Überforderung von Neugeborenen und Kindern bei der Beschneidung sei diese Zumutung jedoch gerechtfertigt. Die SPD-Kinderbeauftragte bekräftigte auch im Blick auf die jetzt erfolgte Regelung und die anstehenden Debatten im Europarat: „Die Diskussion hat begonnen und ich hoffe, sie wird in den Religionsgemeinschaften fortgesetzt.“

Regime Change mal anders

Die französische Militärintervention und die Regierungsbildung in Mali

Von Christoph Marischka
Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.
www.imi-online.de

Seit dem Putsch malischer Soldaten im März 2012 hat der Staat keine klar benennbare Regierung mehr. Der Putsch war u.a. eine Reaktion auf einen Aufstand sezessionistischer Gruppen im Norden, die unter der Führung von aus Libyen zurückkehrenden Tuareg-Rebellen rasche Geländegewinne verzeichnen konnten. Trotzdem ermöglichte es gerade der Putsch, dass die Sezessionisten daraufhin mit Hilfe islamistischer Gruppen schnell den gesamten Norden erobern konnten, die Herrschaft in den eroberten Gebieten jedoch an die Islamisten verloren. Es besteht große Einigkeit in der Bevölkerung des Südens Malis (und unter den Flüchtlingen aus dem Norden), dass der Norden zurückerobert werden müsse. Wie das jedoch geschehen soll und welche Rolle dabei Drittstaaten spielen werden, ist sehr umstritten – und wirkt sich massiv auf die Bildung einer neuen Regierung aus.

So gibt es einerseits den Prozess zur Bildung einer Übergangsregierung, der überwiegend von französischen Klienten innerhalb der ECOWAS vorangetrieben wird und den Übergangspräsidenten Dioncounda Traoré und Cheick Modibo Diarra als Übergangspremier hervorbrachten. Beide wurden international anerkannt und forderten ECOWAS und EU zu exakt der Form von Intervention auf, wie diese von Seiten der EU längst vorbereitet war, genossen jedoch im Süden Malis weder ausreichend Legitimität noch übten sie dort de facto die Macht aus. Jeweils in engem zeitlichen Zusammenhang mit Entscheidungen in Brüssel über den anstehenden Militäreinsatz in Mali wurde zunächst Traoré unter den Augen der Putschisten so schwer verprügelt, dass er für Monate nach Frankreich ausgeflogen werden musste, und im Dezember Diarra von den Putschisten festgenommen und seine Regierung für abgesetzt erklärt. Zwar befürworten auch die Putschisten überwiegend militärische Unterstützung aus dem Ausland, befürchten jedoch eine starke internationale Truppenpräsenz in der Hauptstadt, die ihre Macht untergraben könnte. Parallel dazu findet innerhalb der Zivilgesellschaft der Versuch statt, durch „concertations nationales“ eine tatsächlich demokratisch legitimierte Regierung hervorzubringen, was offensichtlich auch von Teilen der Putschisten und vielen ihrer Anhänger unterstützt wird.

In dieser Situation von DER malischen Regierung zu sprechen, ist damit reichlich abwegig. Dasselbe gilt für die malische Armee, die in verschiedene Interessengruppen zerfallen ist. Während die einen in den Machtkampf bzw. das Ringen um eine politische Lösung in Bamako verstrickt sind, haben sich andere nahe der Grenze zu den von den Islamisten besetzten Gebieten mehr oder weniger im Alleingang daran gemacht, Flüchtlinge und Freiwillige für die Rückeroberung des Nordens in Milizen zu organisieren, auszubilden und zu bewaffnen (angeblich schon länger mit Unterstützung Frankreichs). Andere Teile der Armee sind bereits vor Monaten vor dem Vormarsch der Sezessionisten und Islamisten nach Niger geflohen und versuchen sich dort in der Nähe der Hauptstadt Niamey (wo ebenfalls eine EU-Ausbildungsmission stationiert ist) zu reorganisieren.

Wegen der unklaren Lage in Mali – und vor allem auch in Bamako selbst – war der geplante EU-Einsatz zur Unterstützung einer Militärintervention der ECOWAS (wie diese auch) zwischenzeitlich mehr oder weniger auf Eis gelegt. Zu kompliziert gestalteten sich die Verhandlungen mit den verschiedenen malischen Akteuren – der international anerkannten Regierung, den verschiedenen Fraktionen des Militärs und zivilgesellschaftlichen Gruppen (die Legitimität für eine Stationierung der ehemaligen Kolonialmacht hätten herstellen müssen) um die konkrete Art der Militärhilfe und die Frage, welche Truppen aus welchen Nachbarstaaten wo stationiert werden dürften. Ähnlich kompliziert stellten sich die Diskussionen um Kontingente und Befugnisse mit den Nachbarstaaten dar. Deshalb wurde in Brüsseler Kreisen noch vor wenigen Tagen spekuliert, die geplanten Einsätze der ECOWAS und der EU würden wahrscheinlich nicht vor 2014 stattfinden. Zugleich sickerten jedoch immer mehr Informationen durch, dass Frankreich und andere westliche Staaten ihre Truppenpräsenz in der Region deutlich erhöhen und mit Beratern und Spezialkräften auch in Mali selbst bereits aktiv seien.

Mit dem vermeintlichen Vormarsch der Islamisten, der in vermeintlich letzter Sekunde mit französischen Luftangriffen aufgehalten wurde, stellt sich die Situation jedoch plötzlich ganz anders dar. Frankreich räumt offen ein, 400 Soldaten in Bamako stationiert zu haben, zwei französische Kampfflugzeuge sollen in Sevare, nahe Mopti, und eines in Bamako stationiert sein. Zudem habe sich Frankreich mit zwei Kampfhubschraubern aus Burkina Faso und Bodentruppen an den Gefechten beteiligt. Medien vermelden überdies, dass die Ankunft von 1.000 Soldaten aus Burkina Faso und Niger unmittelbar bevorstünde. All dies wird international legitimiert durch einen Brief „des malische Interimspräsident Dioncounda Traoré“ in dem dieser, der nun wieder als legitimer Vertreter des ma-

---

Linkes Forum in der SPD Erlangen-Stadt

Wir laden alle interessierten Genossinnen und Genossen ein zum

Diskussionsabend am Freitag, 8.Februar, 20 Uhr in der Gaststätte „Orpheus/Deutsches Haus“, Luitpoldstraße 25, Nebenzimmer

Themen: Aktuelles, Vorschläge von DL21 zum Regierungsprogramm, Wahlkämpfe u.a.

Hildegard Gröger, Helmut Pfister

lischen Volkes gilt, den französischen Präsidenten Hollande „um Hilfe gebeten“ habe. Auch die Kritik derjenigen Akteure in Mali, die jedem zusätzlichen französischen Einfluss in Mali skeptisch bis ablehnend gegenüberstanden, ist nahezu verstummt. Schließlich hat Frankreich die Nation vor einem „Vormarsch auf die Hauptstadt Bamako“ gerettet. Der französische Außenminister Laurent Fabius ließ sich mit den Worten zitieren: „Frankreich musste dringend eingreifen, sonst gäbe es Mali nicht mehr, dafür aber einen terroristischen Staat.“

Zwar lassen sich entsprechende Drohungen durch Vertreter der Islamisten finden, dass sie jedoch tatsächlich ein solches Himmelfahrtskommando wagen würden, erscheint ähnlich unrealistisch wie die vermeintliche Unvorhersehbarkeit der Ereignisse. Tatsächlich ist dieser Offensive ein Angriff von Teilen der malischen Armee auf die Stadt Douentza, gute 100 Kilometer westlich von Konna, vorausgegangen, die sich seit dem 1. September 2011 unter Kontrolle der Islamisten befand. Der Militärsprecher, der diese Rückeroberung noch selbstbewusst verkündete, verband dies gleich mit der Ankündigung, weiter in den Norden vorzustoßen, um auch Timbuktu, Kidal und Gao zu befreien. Den Einmarsch der Islamisten nach Konna, von wo vermutlich Truppen für die Offensive in Douentza abgezogen wurden, wollte er zu diesem Zeitpunkt nicht kommentieren. Konkret ging der „Offensive der Islamisten“ also eine Offensive malischer Militärs voraus. Wenn Frankreich über diese Offensive informiert gewesen wäre, würde das erklären, wie es einen so komplexen Einsatz mit Hubschraubern und Kampfjets einschließlich Überflugrechte (für die sich Frankreich bei Algerien bedankte) samt Bodenpersonal, im Verbund mit Bodentruppen und enger Koordination mit Teilen der desintegrierten malischen Armee so kurzfristig hat durchführen können. Absprachen mit Frankreich (und Algerien) würden auch das Selbstbewusstsein des malischen Offiziers erklären, mit dem er einen Vormarsch auf Timbuktu, Kidal und Gao ankündigte, der ohne französische Unterstützung völlig hoffnungslos gewesen wäre. Tatsächlich hat Frankreich ja nicht nur den „Vormarsch“ der Islamisten gestoppt und dabei – wie die Regierung selbst einräumte – 30 von ihnen sowie elf Zivilisten (darunter drei Kinder) getötet, sondern auch „Infrastruktur der Terroristen“ in dem von ihnen kontrollierten Gebiet bombardiert, darunter in Kidal und Gao, wo allein am Sonntag laut AFP 60 „Islamisten“ getötet worden seien. Die Übrigen hätten mittlerweile die großen Städte verlassen und seien in die Wüste geflohen.

Der französische Verteidigungsminister, Jean-Yves Le Drian, kündigte an, der Einsatz werde „mehrere Wochen“ dauern mit dem Ziel, „diese Terroristen aus[zu]löschen“. Eine solche Entscheidung fällt nicht über Nacht. Trotzdem haben fast alle westlichen Staaten ihre Unterstützung für den Einsatz bekundet und militärische Hilfe in Aussicht gestellt. Dazu gehört auch die Bundesregierung. Die Bedingung, die der deutsche Verteidigungsminister für einen Einsatz der Bundeswehr formuliert hatte, nämlich den vermeintlichen „politischen Konsens über den Einfluss ausländischer Staaten, insbesondere auch Ausbildungssoldaten“ wurde durch die französische Militärintervention zunächst hergestellt. Er wird bald wieder brechen, doch bis dahin liegt absehbar ein Mandat des Sicherheitsrates vor und dann ist die Meinung der Bevölkerung ohnehin nicht mehr relevant – und für „concertations nationales“ fehlen dann erst recht die Voraussetzungen.

Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Möhrendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:
- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Wir bieten
- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

Beratungstermine

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr im E-Werk an der Fuchsenwiese, Gruppenraum 2 (3. Stock)

Jeden ersten Montag im Monat von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune, Odenwaldallee 2

Jeden ersten Donnerstag im Monat von 17.00 - 19.00 Uhr im Begegnungszentrum Fröbelstr. 6, Stadtteil Bruck

Während des Semesters jeden Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr im Sprecherrat, Turnstraße 7

Ansonsten nach telefonischer Vereinbarung, Tel.: 43226 (Montag bis Freitag von 9.00 - 12.00 Uhr)

Bedenken gegen diesen ESM

Von Gert Büttner

Es ist richtig, dass die Staaten der EU und die EZB neue Geldflüsse organisieren, die eine Erpressung einzelner Staaten durch überzogene Zinsforderungen verhindern soll. Aber das hätte man anders besser machen können, vor allem demokratischer. 37.000 Bürger haben beim Bundesverfassungsgericht gegen die Ratifizierung des ESM geklagt und damit wenigstens erreicht, dass dieser Vertrag an zwei wesentlichen Stellen etwas verbessert wurde. Die grundsätzlichen Kritikpunkte bleiben aber:

1. Anti-demokratisches Verfahren: Der ESM-Vertrag ist von den beteiligten Regierungen ohne Beteiligung der Parlamente verfasst worden. Weder das europäische Parlament noch nationale Parlamente hatten die Möglichkeit, bei der Formulierung mitzuwirken. Das fertige Produkt ist dann unter starkem Zeitdruck den Parlamenten zur Ratifizierung vorgelegt worden, wobei nichts mehr geändert werden konnte; die Parlamente konnten nur Ja oder Nein sagen.

   Der ESM ist nicht als normales „europäisches Gesetz“ vom Europa-Parlament beschlossen worden oder als EU-Richtlinie, die dann von den einzelnen Parlamenten als nationales Recht übernommen wird, sondern bewusst als völkerrechtlicher Vertrag. Damit wurden alle Beteiligungsmöglichkeiten ausgeschlossen. Darüber hinaus enthält der ESM-Vertrag genauso wie der Fiskalpakt keine Kündigungsklausel. Eine Änderung oder Beendigung ist damit praktisch ausgeschlossen. Künftigen Generationen wird damit das Recht genommen, selbst über den ESM zu entscheiden. Das ist mit demokratischen Grundregeln unvereinbar.
2. Entscheidungsfindung und Geheimhaltung im ESM: Die Entscheidungen des ESM werden vom Gouverneursrat getroffen. Dieser ist mit Vertretern der Regierungen besetzt; auch hier bleiben die Parlamente außen vor. Eine Kontrolle der Entscheidungen sollte durch eine Schweigepflicht aller Beteiligten verhindert werden. Hier hat das Bundesverfassungsgericht einen Vorbehalt vorgeschrieben, dass „dies einer umfassenden Unterrichtung des Bundestages und des Bundesrates nicht entgegenstehen“ darf.
3. Beschränkung der Haftung: Im ESM-Vertrag sind Regelungen enthalten, die eine unbeschränkte Erhöhung der finanziellen Beteiligung Deutschlands ermöglicht hätten, ohne dass der Bundestag erneut hätte gefragt werden müssen. Hier hat das Bundesverfassungsgericht den zweiten Vorbehalt vorgeschrieben, die den deutschen Beitrag auf den deutschen Anteil am Erst-Stammkapital von 190 Milliarden Euro beschränkt.
4. Geldflüsse: Die EZB stellt die benötigte Erhöhung der Geldmenge bereit, aber eben nicht so, dass die von den einzelnen Staaten durch Steuern ihrer Bürger aufgebrachten Zinsen auf europäischer Ebene wieder der Allgemeinheit zu Gute kommen. Das Geld wird von der EZB den Banken gegeben (zu 0,75 Prozent), die es dann mit wesentlich höheren Zinsen entweder über die einzelnen Staaten, mit einem großen Anteil von Deutschland, oder direkt an den ESM weitergeben.

   So wirkt die ganze ESM-Konstruktion faktisch als eine milliardenschwere Subvention des Bankensystems. Eine Ausstattung des ESM mit einer eigenen Banklizenz könnte den Umweg über das Banksystem vermeiden und damit die ganze Aktion für die europäischen Steuerzahler billiger machen. Aber die deutsche Regierung als Beschützer der Banken hat dies bisher verhindert.

Neue Arbeitsgemeinschaft in der SPD: SelbstAktiv

Am 24. Juli 2012 fand im Karl-Bröger-Zentrum Nürnberg die Gründungsversammlung der Arbeitsgemeinschaft „SelbstAktiv“ der SPD Mittelfranken statt. Nach der Begrüßung durch Dr. Susanne Jauch referierte die SPD-Bezirksvorsitzende Christa Naaß, MdL, zu dem Thema „Gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung – ein zentrales Anliegen der Politik der SPD“.

Bei den Wahlen wurde Marina Linke-Speth, Herzogenaurach, zur 1. Vorsitzenden gewählt. Als stellvertretende Vorsitzende wurden mehrheitlich gewählt Kurt Ruben und Dr. Susanne Jauch, beide aus Nürnberg. Bei der Festlegung der Anzahl der Beisitzer/innen einigte man sich einstimmig auf 8 Personen. Gewählt wurden (nach dem ABC geordnet): Henriette Bauer, Nürnberg, Diethart Bischof, Fürth, Monika Bögelein, Wieseth, Corinna Fischer, Rothenburg, Ute Frank, Nürnberg, Herbert Klößinger, Ammerndorf, Udo Nowotny, Dietersheim und Christoph Volkmar, Hemhofen.

Gleich nach der Wahl wurden die ersten Termine für die AG „SelbstAktiv“ im Bezirk Mittelfranken festgelegt:

- 13. März 2013, 19:15 Uhr: „Politischer Stammtisch“ mit Frau Sibylle Brandt, 1. Vorsitzende von SelbstAktiv Bayern
- 15. Mai 2013, 19:15 Uhr: Gemeinsame Sitzung mit der ASG unter ihrem Vorsitzenden Paul Vath
- 10. Juli 2013, 19:15 Uhr: Politische Gespräche mit allen SPD-Kandidaten/innen über die SPD-Behindertenpolitik

Unterstützen wollen wir die ständig wachsende Zahl von Menschen mit Behinderung durch Stärkung ihrer Autonomie und ihres Rechts auf eine barrierefreie Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Bestärken wollen wir Menschen mit Behinderung, sich als Fachfrau, bzw. -mann zu sehen für die eigenen Belange und Rechte. Vor allem wollen wir mit anderen unserer Partei mithelfen, eine inklusive Gesellschaft zu gestalten, nach unserem Motto: „Nichts über uns ohne uns.“ Für eine bunte Gesellschaft!

Kontakt:
Marina Linke-Speth, 1.Vorsitzende
Adalbert-Stifter-Str. 45, 91074 Herzogenaurach

Distrikt Eltersdorf

Vorsitzender:
Manfred Jelden
Telefon: 601333
manfred.jelden@nefkom.net

Liebe Genossinnen und Genossen,
unser nächstes Distriktstreffen ist am

Dienstag, 19. Februar, 19 Uhr im Schützenhaus

Tagesordnung:
wird aktuell beschlossen

Bei der Jahreshauptversammlung des Distrikts Eltersdorf am 15. Januar im „Schützenheim“ fanden Neuwahlen des Vorstands und des Delegierten für den Kreisvorstand statt.

Als erster Vorsitzender wurde wiedergewählt: Manfred Jelden. Zum Stellvertreter und zweiten Vorsitzenden wurde Christian Maurer gewählt, Schriftführerin: Uta von Stengel, Kassier: Andreas Lochner. Im Kreisvorstand soll der Distrikt weiter von Christian Maurer vertreten werden.

Für den Vorstand
Manfred Jelden

Distrikt Frauenaurach

Vorsitzende:
Elizabeth Rossiter
Telefon: 992619
e.rossiter@web.de

Liebe Distriktsmitglieder,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Distriktsversammlung am Dienstag, 19. Februar, 20 Uhr, TSV-Sportheim (ab 19 Uhr zwangloses Treffen zum Essen)

Tagesordnung
1. Mitteilungen und Berichte
2. Vorstellung und Reihung der Stadtratskandidat/innen
3. Südumgehung Herzogenaurach/Neuses
4. Verschiedenes

Noch dazu laden wir Euch ein zu unseren

Distriktsjahreshauptversammlung am MITTWOCH, 6. März, 20 Uhr, TSV-Sportheim (ab 19 Uhr zwangloses Treffen zum Essen)

Tagesordnung
1. Aktuelles
2. Bericht des Distriktsvorstands
3. Bericht des Kassiers
4. Bericht der Revisoren
5. Aussprache
6. Entlastung des Vorstands
7. Neuwahlen
   a) Vorsitzende/r
   b) Stellvertreter/in
   c) Kassier/erin
   d) 1 Vertreter und 1 Vertreterin für den KV
   e) 2 Revisoren/innen
8. Jahresplanung
   - Themen
   - Termine
9. Verschiedenes

Für den Vorstand
Elizabeth Rossiter

Distrikt Innenstadt

Vorsitzender:
Michael Zimmermann
Telefon: 699118
zi-mi@web.de

Liebe Distriktsmitglieder,
in der letzten Sitzung haben wir begonnen, unser Distriktsprogramm für die Kommunalwahl 2014 zu diskutieren. Das möchten wir auf der Februarsitzung weiterführen und das Distriktsprogramm für die Wahl letztlich beschließen. Außerdem werden wir die Kandidatinnen und Kandidaten aus unserem Distrikt für die Kommunalwahl bestimmen und reihen.

Dafür treffen wir uns am

19. Februar, 20 Uhr im Nebenraum der „Kulisse“ (Theaterstraße).

Die weiteren Distrikssitzungen bis zum Sommer schon einmal in der Übersicht:
- 12. März (JHV)
- 19. März (Distriktsprogrammdialog mit den BürgerInnen)
- 16. April
- 14. Mai
- 11. Juni
- 9. Juli

Wir freuen uns auf zahlreiche Teilnahme.

Für den Vorstand,
Michael Zimmermann

Distrikt Ost

Vorsitzender:
Christofer Zwanzig
Telefon: 4003764
christofer@zwanzig-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Distriktsversammlung am Mittwoch, 13. Februar, 19 Uhr (!), Waldschänke (Lange Zeile 104)

Vorläufige Tagesordnung

TOP 1 Aktuelles

TOP 2 Kommunalwahl 2014
- Vorstellung der Distrikts-Kandidatinnen und -Kandidaten für die Stadtratswahl
- Reihung der Distrikts-Kandidatinnen und -Kandidaten für die Stadtratswahl
- Wahl eines Vertreters/einer Vertreterin für die Listenfindungskommission
- Inhaltliche und organisatorische Planungen zur Kommunalwahl

TOP 3 Berichte aus Stadtteilen und dem Stadtrat

Bereits heute möchten wir Euch zudem auf unsere Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen aufmerksam machen. Sie findet am 12. März um 19 Uhr statt.

Mit solidarischen Grüßen
Christofer Zwanzig und Birgit Hartwig

Herzlichen Glückwunsch!

Der Distrikt Ost gratuliert seinem Mitglied Frank-Lothar Krawolitzki herzlich zum 80. Geburtstag! Lieber Frank, wir freuen uns jedes Mal, wenn Du kommst und Deine kritischen Ansichten in unsere Sitzungen einbringst. Wir bewundern Dein Engagement in der Friedensbewegung und danken Dir dafür, dass Du uns nach wie vor rege unterstützt, jüngst z.B. mit einer großen Verteilung für das Volksbegehren „Nein zu Studienbeiträgen in Bayern!“ Für Dein neues Lebensjahr wünschen wir Dir alles Gute, Gesundheit und viel Kraft bei all Deinen Aktivitäten als Genosse, Friedensfreund und Großvater, aber auch bei all Deinen konkreten Bemühungen um die Völkerverständigung.

Distrikt Süd

Vorsitzende:
Brigitte Rohr

Kontakt:
Dr. Andreas Richter
andreas.m.j.richter@web.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Distriktssitzung am Mittwoch, 6. Februar, 19 Uhr, Biergarten Röthelheim

Als Tagesordnung schlagen wir vor:
- Aktuelles
- Vorbereitung Jahreshauptversammlung und Distriktswahlen
- Wahlkampf 2013 (u.a. Fest gemeinsam mit dem Distrikt Ost)

Mit solidarischen Grüßen
Dr. Andreas Richter

Distrikt Tennenlohe

Vorsitzender:
Rolf Schowalter
Telefon: 601924
rolfschowalter@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Jahreshauptversammlung am Dienstag, 19. Februar, 20 Uhr, Schlossgaststätte

Tagesordnung:
1) Rückblicke: Empfang des Ortsbeirats, Nominierung von Florian Janik u.a.
2) Bericht des Vorstandes
3) Kassenbericht
4) Aussprache, Entlastungen
5) Planungen 2013/14: Erstellung eines Ortsteilprogramms; Veranstaltung am 16. Juni, Stadtratsliste, Wahlkämpfe etc.
6) Die SPD-Ortszeitung im Westen: Der Westbote
7) 25 Jahre Tennenloher Bote
8) Verschiedenes

Weitere Ankündigungen: Distriktsversammlungen am 12. März und am 9. April

Für den Vorstand
Rolf Schowalter

Protokoll der Distriktssitzung vom 11. Dezember

1. Aktuelles
Der Distrikt hat mit Frau Christine Lehmann durch Zuzug ein neues Mitglied bekommen.

Rolf und Gertrud berichten über die Veranstaltung mit Christian Ude im

Schwarzen Adler in Uttenreuth. Christian Ude hat eine fulminante Darstellung geboten. Sein Auftritt war sehr überzeugend.

Gert berichtet über seinen Eindruck von der Grundsatzrede unseres Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück am 9.Dezember, die sehr engagiert und überzeugend war.

2. Diskussion über den Europäischen Rettungsschirm ESM

In einem kurzen Referat stellten Hans Hauer und Gert Büttner Pro- und Contra-Argumente zum Europäischen Rettungsschirm vor. Gert hat dazu einen eigenen Artikel für den Monatsspiegel verfasst (siehe Seite 18). Einiges ist auch auf der Tennenloher SPD-Homepage nachzulesen. Diese Art der kompakten Einführung in ein Thema und die anschließende lebhafte Diskussion wurden als recht positiv eingeschätzt und dieses Verfahren soll künftig häufiger zur Anwendung kommen.

3. Diskussion zur Energiewende

Rolf begrüßt unser früheres Distriktsmitglied Hannes Allabauer, der uns einen Überblick über verschiedene örtliche Maßnahmen zur Energiewende gab. Viele Aktivitäten von Gruppen wie dem Arbeitskreis „Erneuerbare Energiewende“ des Bund Naturschutz oder der „Initiative Energiewende ERH“ zielen auf Energiesparen – wie den Austausch von ineffizienten Heiz-Umwälzpumpen oder auf die Förderung erneuerbarer Energien. Die inzwischen drastische Reduzierung der Förderung der Photovoltaik-Anlagen wurde unterschiedlich beurteilt.

Robert Thaler berichtet von der Resolution der Lenkungsgruppe „EnergieeffizientER“ der Stadt Erlangen, die die Energiewende in Gefahr sieht und stärkere Unterstützung der Städte und Gemeinden durch Bund und Länder fordert. [Die Resolution wurde am 13.12. vom Stadtrat einstimmig verabschiedet.] In der folgenden Diskussion wird erörtert, dass in einer besseren Gebäudedämmung das höchste Energieeinsparpotential liegen würde, hier aber durch die Steuergesetzgebung kaum Anreize geschaffen werden.

4. Tennenloher Bote

Der Tennenloher Bote in Farbe ist im Distrikt und bei der Bevölkerung gut aufgenommen worden.

Hans Hauer

Protokoll der Distriktssitzung vom 15. Januar

1. Aktuelles

Rolf Schowalter begrüßt den Mediziner Markus Beier, ehemaliger SPD-Stadtrat, zur Zeit Sprecher der Erlangener Hausärzte. Markus berichtet über die aktuelle Situation der Hausärzte und die Gesundheitsreformen der letzten Jahre, die immer Kostensenkungen zum wichtigsten Ziel hatten. Hierbei haben sich leider zwei unangenehme Begleiterscheinungen ergeben. Der Gesundheitsmarkt wird zunehmend liberalisiert und privatisiert. Die Ärzte müssen zunehmend mehr Zeit für Dokumentation und Datenverarbeitung aufwenden, Zeit, die für das Gespräch mit den Patienten fehlt. Aus seiner Sicht ist es wichtig, die Einnahmenseite des Gesundheitswesens z.B. über die Bürgerversicherung und die Berücksichtigung aller Einkommensarten zu stabilisieren. Gleichzeitig muss die zunehmende Deregulierung und Privatisierung im Gesundheitswesen mit Vorsicht betrachtet werden. Es nicht sinnvoll, wenn die Patienten immer gleich zum Facharzt laufen und dann von einer Stelle zur anderen irren. Der Hausarzt, der seinen Patienten über Jahre kennt, kann ihn am besten zum richtigen Facharzt überweisen. Eine Positivliste für Medikamente könnte helfen, die steigenden Arzneikosten einzudämmen. Problematisch sind auch die Rabattverträge zwischen Krankenkassen und Pharmafirmen. Es schloss sich eine längere lebhafte Diskussion an. Der Distrikt bedankt sich mit großem Beifall für den Besuch von Markus Beier.

2. Volksbegehren „Ja zur Bildung – Nein zu Studiengebühren“

Der Distrikt wird die Broschüren „Bündnis Volksbegehren gegen Studiengebühren“ flächendeckend in Tennenlohe verteilen.

3. Neujahrsempfang des Ortsbeirats

Der Tennenloher Ortsbeirat veranstaltet am Freitag, den 18. Januar, seinen Neujahrsempfang in den Räumen des Fraunhofer IIS. Es sind rund 100 Personen angemeldet. Die Veranstaltung wird vom Tennenloher Mandolinenchor künstlerisch begleitet.

4. Frühschoppen

Gertrud Reich-Schowalter hat das Erlanger Musikerduo Wulli und Sonja zu

einem SPD-Frühschoppen am 9. Juni 2013 in Tennenlohe angefragt. Die beiden Musiker haben zugesagt. [Inzwischen musste wegen SPD-interner Terminkollissionen die Veranstaltung um eine Woche auf den 16. Juni verschoben werden.] Der Distrikt beschließt in einer Abstimmung mit großer Mehrheit bei einer Gegenstimme die Veranstaltung gemeinsam durchzuführen. Die Veranstaltung wird gleichzeitig als Wahlveranstaltung genutzt. Für die Kosten soll ein Zuschuss beim Kreisverband beantragt werden.

Hans Hauer

Distrikt West

Vorsitzender:
Gerd Peters
Telefon: 44366
gerd.peters-er@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir möchten Euch herzlich einladen zu unserer Jahreshauptversammlung. Die Reihung der Westkandidaten für die Stadtratswahl 2014 soll ebenfalls erfolgen. Sie findet statt am

Mittwoch, 20. Februar, 20 Uhr, Gasthof „Zur Einkehr“ (Güthlein).

Folgende **Tagesordnung** ist vorgesehen:
1. Aktuelles
2. Wahl eines Versammlungsleiters
3. Berichte: Rechenschaftsbericht, Kassenbericht, Bericht der Revisoren
4. Neuwahl des Vorstands, der Revisoren und der Vertreter im Kreisvorstand
5. Reihung der Kandidaten zur Stadtratswahl 2014 aus dem Stadtwesten
6. Wahl eines Vertreters in die Findungskommission (Gremium, das die Reihung auf gesamtstädtischer Ebene vorschlägt)
7. Berichte aus Fraktion, Kreisvorstand und Ortsbeirat
8. Verschiedenes

Wir hoffen auf rege Teilnahme, es geht um langfristig sich auswirkende personelle Weichenstellungen für die politische Arbeit im Distrikt.

Im Auftrag des Vorstands
Gerd Peters

P. S.: Im Dezember fand unser Jahresabschlussessen statt. 23 Genossinnen und Genossen fanden sich ein.

Im Januar stand das Thema „Kandidaturen für die Stadtratswahl 2014“ auf der Tagesordnung. Anwesende Kandidatinnen und Kandidaten stellten sich vor. 15 hieran Interessierte hatten sich eingefunden.

AG 60plus

Vorsitzender:
Hartmut Wiechert
Telefon: 991232
hartmut.wiechert@gmx.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
zum nächsten Termin lädt der Vorstand der AG 60plus herzlich ein und freut sich auf euer Kommen:

Mittwoch, 20. Februar, 15 Uhr, August-Bebel-Haus

Tagesordnung
1. Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls
3. Aktuelles
4. Vorbereitung der von 60plus initiierten KMV am 28. Februar 2013
5. Verschiedenes

Nach unserer grundsätzlichen Bereitschaft und in Einvernehmen mit dem Kreisvorsitzenden wollen wir für diese Veranstaltung das Thema Gesundheitspolitik in den Mittelpunkt stellen.

Für den 60plus-Teil planen wir folgenden Ablauf für die KMV, der durch eine Detailplanung vertieft werden soll.
- Einführung in die 60plus-Arbeit des letzten Jahres
- Einleitendes Referat Schmidbauer; Thema: „Aktuelle Entwicklung der Krankenversicherung innerhalb der Gesundheitspolitik“
- Kommentarrunde durch zwei noch zu benennende Fachleute aus dem Bereich ärztliche Versorgung und Pflege.
- allgemeine Diskussion

Wir, die AG 60plus, behandeln seit Jahren aktuelle Themen der Politik u.a. die Gesundheitspolitik. Daher haben wir zur Vertiefung des Themas Herrn Schmidbauer MdB a.D. und weitere Experten eingeladen und wollen bei der KMV am 28. Februar unsere Arbeit vorstellen. Bitte kommt zur KMV im Februar und zeigt, dass wir trotz unseres Alters in der Politik aktiv sind.

Im Namen des Vorstands
Hartmut Wiechert

Protokoll der Mitgliederversammlung am 16. Januar

Top 1: Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung
Der Vorsitzende Hartmut Wiechert begrüßt die Anwesenden.

Top 2: Genehmigung des Protokolls
Das Protokoll vom 12.12.2012 wurde genehmigt.

Top 3: Aktuelles
Es folgten ausgedehnte Diskussionen über die Preiserhöhung bei der VAG und über die Streichung der Studiengebühren. 60plus ruft auf, das Volksbegehren „Gegen Studiengebühren“ zu unterstützen. Einschreibmöglichkeit bis 30. Januar im Rathaus

Top 4: Planung der KMV im Februar 2013
Die Vorbereitung zur KMV sind nahezu abgeschlossen. Als Referent zum Thema: „Aktuelle Entwicklung der Krankenversicherung innerhalb der Gesundheitspolitik“ konnte Horst Schmidbauer gewonnen werden.

Top 5: Jahresplanung 2013
Zur Jahresplanung hat sich die AG 60plus das Thema Zeitarbeit vorgenommen, ebenso PC-Nutzung für interessierte Mitglieder. Außerdem soll der Wahlkampf auch von 60plus-Mitgliedern unterstützt werden.

Top 6: Verschiedenes
Keine Berichte, da die Anzahl der Teilnehmer so gering war.

Ruth Sych

Herzliche Einladung zur

Jahreshauptversammlung am Mittwoch, 20. Februar, 20 Uhr, August-Bebel-Haus

Vorläufige Tagesordnung:

1. Tätigkeits- und Rechenschaftsbericht Diskussion
2. Entlastung des Vorstands
3. Neuwahl des Vorstands
   a) Festlegung der Anzahl der Vorstandsmitglieder
   b) Wahl des Vorstands
4. Personalvorschläge
   a) 2 Vertreterinnen im KV (stimmberechtigt)
   b) 1 Vertreterin im GKV (nicht stimmberechtigt)
   c) ggf. Mitglieder von AsF-Bezirksvorstand und AsF-Landesvorstand
5. Weitere Aufgabenverteilung (u.a. Frauengruppentreffen, Archiv)
6. Arbeitsplanung für 2013 (insbesondere: Wahlkampf!)
7. Termine
8. Sonstiges

Für den Vorstand
Hildegard Gröger

Herzliche Einladung zur

Sitzung mit Reihung der Stadtratskandidatinnen am Mittwoch, 6. März, 20 Uhr, August-Bebel-Haus

Ausdrücklich eingeladen sind alle Genossinnen, die für den Stadtrat kandidieren und sich bei der AsF vorstellen möchten!

Für den Vorstand
Hildegard Gröger

AsF

Sprecherinnen:

- Saskia Coerlin
  scoerlin@hotmail.com
- Gunda Gerstenmeyer
- Hildegard Gröger
  Telefon: 502415
- Birgit Hartwig
  Telefon: 55939
  Birgit.Hartwig@web.de
- Jule Mildenberger
  Telefon: 23435
- Barbara Pfister
  Telefon: 502481
  barbara.pfister@fen-net.de

Impressionen von der Nominierungsversammlung